Erscheint täglich
früh 6½ Uhr.

Redaction und Expedition
Johannisgasse 33.

Sprechstunden der Redaction:
Vormittags 10—12 Uhr.
Nachmittags 4—6 Uhr.

Für die Rückgabe eingesandter Manuscripte macht sich die Redaction nicht verbindlich.

Annahme der für die nächstfolgende Nummer bestimmten Inserate an Wochentagen bis 3 Uhr Nachmittags, an Sonn- und Festtagen früh bis ½9 Uhr.

In den Filialen für Inf.-Annahme: Otto Klemm, Universitätsstr. 22, Louis Lösche, Katharinenstr. 18, p. nur bis ½3 Uhr.

Leipziger Tageblatt und Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Auflage 16,000.

Abonnementspreis viertelj. 4½ Mk.; incl. Bringerlohn 5 Mk., durch die Post bezogen 6 Mk. Jede einzelne Nummer 25 Pf. Belegexemplar 10 Pf. Gebühren für Extrabeilagen ohne Postbeförderung 39 Mk. mit Postbeförderung 45 Mk.

Inserate 5gesp. Petitzeile 20 Pf. Größere Schriften laut unserem Preisverzeichniß. — Tabellarischer Satz nach höherem Tarif.

Reclamen unter dem Redactionsstrich die Spaltzeile 40 Pf. Inserate sind stets an d. Expedition zu senden. — Rabatt wird nicht gegeben. Zahlung praenumerando oder durch Postvorschuß.

№ 319. Sonnabend den 15. November 1879. 73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen

Sonntag den 16. November nur Vormittags bis ½9 Uhr

geöffnet.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Eine kürzlich verstorbene Dame, welche ihrer Verfügung gemäß uns nicht genannt worden ist, hat der Biener'schen Blindenanstalt letztwillig

zwei Leipziger Stadtschuldscheine v. J. 1856 à 100 Thlr. zu 4 Procent

vermacht.

Wir bringen dies mit dem Ausdrucke unseres Dankes zur öffentlichen Kenntniß.

Leipzig, den 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Richter.

Vermiethung in der Fleischhalle am Hospitalplatz.

Die für den 3. December d. J. gekündigte **Abtheilung Nr. 12** der obigen Fleischhalle soll zur **anderweiten Vermiethung** von diesem Zeitpuncte an unter den üblichen Bedingungen

Sonnabend, den 22. d. M., Vormittags 11 Uhr

an Rathsstelle **versteigert** werden.

Die Versteigerungs- und Vermiethungsbedingungen können schon vor dem Termine auf dem Rathhaussaale, 1. Etage, eingesehen werden.

Leipzig, den 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Stöß.

Korbweiden-Auction.

Mittwoch den 19. November d. J. sollen von Vormittags 10 Uhr an auf Burgauer Forstrevier hinter der Leidenroth'schen Ziegelei und am neuen Schützenhause

ca. 2300 Gebund Korbweiden

unter den im Termin bekannt zu machenden Bedingungen und gegen sofortige Bezahlung nach dem Meistgebote an den Meistbietenden verkauft werden.

Zusammenkunft: hinter der Leidenroth'schen Ziegelei in der Nähe der Waldstraße.

Leipzig, am 11. November 1879.

Des Raths Forstdeputation.

Sitzung des ärztlichen Bezirksvereins der Stadt Leipzig

Dienstag, den 18. November Abends 6 Uhr im Saale der Ersten Bürgerschule.

Tagesordnung: 1) Die dem L.-Med.-Collegium vom königl. Ministerium des Innern zur gutachtlichen Aussprache vorgelegte Anfrage des Reichskanzlers: „Ob auf dem Wege der Reichsgesetzgebung der 1. Absatz des §. 53 der Reichsgewerbeordnung in dem Sinne abzuändern sei, dass die Approbation Aerzten und Apothekern auch wegen schwerer Verletzung ihrer Berufspflichten entzogen werden könne?" (Ref. Dr. Ploss). — 2) Bericht des Standes-Ausschusses über Dr. Heinze's Antrag: „ärztliche Reclame" betr. (Ref. Dr. E. A. Meissner). — 3) Antrag des Sanit.-Ausschusses bezügl. des Kranken-Transportes. — 4) Bericht desselben Ausschusses über Prof. Ahlfeld's Antrag: „Krankenwärter- und Krankenwärterinnen-Nachweis" betr. (Ref. Prof. Reclam).

Dr. Ploss.

Bekanntmachung.

Zur Ergänzung des mit dem 2. Januar 1880 ausscheidenden Drittheils der Herren Stadtverordneten, ingleichen zur Wiederbesetzung der durch die Wahl der Herren Kaufmann **Nagel** und **Poblenz** zu unbesoldeten Stadträthen, sowie durch freiwilliges Ausscheiden des Herrn Kaufmann **Esche** und den Verzug des Herrn Restaurateur **Siedmann** und des vormaligen Bezirksgerichtsraths Herrn **Bartsch** erledigten Stellen ist die gesetzliche Neuwahl zu veranstalten.

Die deshalb angefertigte und in Druck gegebene Wahlliste liegt vom 13. bis mit 26. d. M. in folgenden Geschäftslocalen, deren Inhaber sich der mit der Auflegung und Aushändigung verbundenen Mühwaltung mit dankenswerther Bereitwilligkeit unterzogen haben, als:

bei Herrn **Grünthal & Partheh**, Tauchaer Straße Nr. 11,
" " **F. A. Wittmann**, Dresdner Straße Nr. 38,
" " **Gustav Kehler**, Sternwartenstraße Nr. 34 und Windmühlenstraße Nr. 17,
" " **Franz Wittich**, Windmühlenstraße Nr. 51,
" " **William Weiske** vorm. Louis Pfau, Windmühlenstraße Nr. 8/9,
" " **B. H. Leutemann**, Körnerstraße Nr. 18 und Südstraße Nr. 11,
" " **Carl Todt**, Petersteinweg Nr. 13,
" " **August Kühn**, Dorotheenstraße Nr. 6,
" " **Friedrich Möley**, Ranstädter Steinweg Nr. 13,
" " **Julius Hoffmann**, Petersteinweg Nr. 3,
" " **Carl Golzsch**, Gerberstraße Nr. 61,
" " **Gustav Juckuff**, Hainstraße Nr. 18,
" " **C. F. Schubert Nachf.**, Brühl Nr. 61,
" " **Gustav Nus**, Grimma'sche Straße Nr. 16,
" " **Albert Anders**, Grimma'sche Straße Nr. 6 und
" " **Hahn & Scheibe**, Petersstraße Nr. 36

aus und wird vom 13. November ab auf Verlangen nicht nur in diesen Geschäftslocalen, sondern auch im Rathhause 1. Stock in der Rathsnuntiatur den Stimmberechtigten in je einem Exemplare ausgehändigt.

Bis zu Ende des siebenten Tages nach Bekanntmachung und Beginn der Auslegung, also bis mit

19. November d. J., Nachmittags 6 Uhr

steht jedem Betheiligten frei, gegen die Wahlliste bei dem unterzeichneten Rathe Einspruch zu erheben, über welchen dann binnen der nächsten sieben Tage Entschließung gefaßt und dem Einsprechenden eröffnet werden wird. Nach Ablauf obiger 14 Tage wird die Wahlliste geschlossen und ist den zu diesem Zeitpuncte etwa noch nicht erledigten Einsprüchen für die bevorstehende Wahl keine weitere Folge zu geben; auch können Bürger, welche in der geschlossenen Liste nicht eingetragen sind, an der Wahl nicht Theil nehmen.

Die **Wahl** selbst ist direct und hat jeder Abstimmende 18 ansässige und 12 unansässige Bürger zu erwählen; sie erfolgt durch Stimmzettel, welche bei der Abgabe uneröffnet in ein verschlossenes Behältniß einzulegen sind. Auf denselben sind die zu Wählenden so zu bezeichnen, daß über deren Person kein Zweifel übrig bleibt. Insoweit Stimmzettel dieser Vorschrift nicht entsprechen oder Namen Nichtwählbarer enthalten, sind dieselben ungültig. Werden zu viele oder zu wenige Namen, also die Namen von mehr oder weniger Hausbesitzern und Unansässigen, als oben angegeben, auf einem Stimmzettel gefunden, so wird hierdurch zwar die Gültigkeit desselben nicht aufgehoben, es sind aber die überzähligen Namen als nicht vorhanden zu betrachten.

Die Stimmzettel sind an einem der hierzu festgesetzten drei Wahltage,

den 27., 28. und 29. November d. J.

in den Vormittagsstunden von 9—12½ Uhr, oder in den Nachmittagsstunden von 3—6 Uhr in dem **Parterresaale der Buchhändlerbörse** vor dem Wahlausschusse von den Abstimmenden in Person bei Verlust des Stimmrechts für diese Wahl abzugeben, und wäre es im Interesse einer raschen Abfertigung sehr wünschenswerth,

1) wenn vorzugsweise die zwei ersteren Tage von allen Wählern, denen dieselben irgend passen, zur Stimmenabgabe benutzt würden, da außerdem erfahrungsmäßig immer am letzten Tage ein allzu großer, die Abfertigung verzögernder Andrang zu den Stimmkästen stattfindet, und
2) wenn jeder Wähler an der Urne die seinem Namen in der Wahlliste voranstehende Listennummer angeben wollte.

Nach Auszählung der Stimmzettel werden die Gewählten durch den Wahlausschuß von der Wahl benachrichtigt werden.

Leipzig, am 10. November 1879.

Der Rath der Stadt Leipzig.
Dr. Georgi. Ritzsche.

Deutschland und Rußland.

Die Ankunft des russischen Thronfolgers in Wien fällt mit der Abberufung Schuwaloff's und der entschiedenen Ablehnung zusammen, welche die abermalige Nachricht von der Entlassung Gortschakoff's enthält. Dieser Sieg der Panslavisten wird dadurch vergrößert, daß in Berliner russischen Kreisen über den Widerstand des Czarewitsch gegen die Wünsche seines Vaters wundersame Geschichtlein in Umlauf gesetzt werden. Sei Dem wie ihm wolle, gewiß ist, daß der russische Thronfolger nicht eher die Mauern Wiens und Berlins zu betreten beabsichtigte, bis er über die Ernennung des Nachfolgers Schuwaloff's aufgeklärt worden, mit anderen Worten, bis ein Mann nach dem Wunsche des Czarewitsch und des Fürsten Gortschakoff für den wichtigen Londoner Posten erkoren ist. Es sollte Dies das Gegengewicht zu den prinzlichen Besuchen am Berliner und Wiener Hofe bilden, Besuchen, die von der mächtigen und einflußreichen Partei am Petersburger Hofe ebenso wie von der öffentlichen Meinung in Rußland mißbilligt werden. Die Gründe dafür liegen nach den Mittheilungen russischer Gewährsmänner nahe genug. Fürst Bismarck's Bemühungen sollen jetzt dahin abzielen, die Vereinsamung Rußlands dauernd zu gestalten. Die Abgrabung seines Bündnisses mit Frankreich dürfte soeben Gegenstand der Besprechungen zwischen dem Reichskanzler und dem französischen Botschafter St. Vallier in Barzin gewesen sein. Der Eintritt Italiens in das deutsch-österreichische Bündniß wird schon deshalb erwartet, weil der Kronprinz des deutschen Reiches sich eben so sehr für das Zustandekommen dieses Unternehmens interessirt, als er es bekanntlich war, der seinen kaiserlichen Vater zum Abschluß des Vertrags mit Oesterreich bewog. Allem Anschein nach wird die am 15. d. M. stattfindende Zusammenkunft unseres Kronprinzen mit dem König Humbert von Italien, denen persönliche Freundschaft schon älteren Datums ist, das letzte Siegel auf die Vereinbarung drücken.

Unter solchen für die russische Politik keineswegs günstigen Anzeichen ist der Czarewitsch in Wien eingetroffen und will nächsten Sonntag am Berliner Hoflager erscheinen. Es ist begreiflich, daß in diplomatischen und Hofkreisen der Reichshauptstadt die Sendung des russischen Thronfolgers nicht mehr als eine politische, sondern als eine Familienangelegenheit behandelt wird, die gegenüber der großen Allianzfrage zur Bedeutungslosigkeit herabsinkt. Von dieser Seite wird bestritten, daß dem Prinzen diese oder jene Bedingungen bezeichnet worden, welche sich an den Eintritt Rußlands in das deutsch-österreichische Bündniß knüpfen. Die Abmachungen des betreffenden Vertrages, sagt man, seien so entfernt von den oberflächlichen Versicherungen einer ewigen Friedenspolitik, von den Ausführungen des Berliner Vertrages u. s. w., daß nur Laien in der Staatskunst die Behauptung aufstellen können, es handle sich um den Beitritt eines Staates, gegen den die Vereinbarungen gerichtet worden sind. Die eingeborenen preußischen Moskowiter geben sich deshalb auch keinen Täuschungen über die Erfolge eines Besuches des Großfürsten-Thronfolgers am Berliner Hofe hin. Wäre der Czar selbst gekommen, dann würde allerdings ein Druck ausgeübt worden sein, der am wenigsten in Barzin unterschätzt worden wäre. So wie heute diese Dinge liegen, hält man sich überzeugt, daß das starke Gewebe der Bismarck'schen Politik nicht mehr von Rußland durchbrochen werden kann.

Die Petersburger Regierung trägt übrigens selbst ihr Bestes bei, die Abneigung zu verstärken, die in Berlin vornehmlich wegen ihrer Orientpolitik und der Grenzplackereien ohnehin schon im Wachsen begriffen ist. Es hat kein geringes Aufsehen erregt, daß in einem Augenblick, wo der russische Thronfolger als Gast in den Mauern der preußischen Residenz empfangen wird, infolge einer Anordnung des Reichskanzlers Gegenmaßregeln wegen der bekannten Affaire des preußischen Dampfers „Falke" ergriffen werden, indem die preußische Regierung, angesichts fortdauernder Anstände seitens der russischen Behörde gegen die Tourfahrten des preußischen Dampfers „Falke" auf dem russischen Niemen, die Zurückweisung russischer Dampfer von dem preußischen Niemen beschlossen und ausgeführt hat. Ohne Zweifel wird diese Maßregel in Petersburger Regierungskreisen nicht eines gewissen Eindruckes verfehlen, und man darf darauf gefaßt sein, daß die dortige Staatskanzlei nicht weniger Schreibereien als die russischen Zeitungen in Scene setzen wird. Vielleicht wäre dieser Zwischenfall in einer weniger gespannten Lage ruhig vorübergegangen, während er jetzt ein ganz anderes Ansehen gewinnt.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 14. November.

Offiziös wird in Abrede gestellt, daß Verhandlungen über die Vereinigung des Reichsjustizamtes mit dem preußischen Justizministerium zwischen dem Reichskanzleramt und den Bundesregierungen im Gang seien. Von einer völligen Vereinigung war überhaupt niemals die Rede, sondern nur von einem gemeinsamen Chef und damit einer näheren Verbindung der beiden Aemter. Wenn auch Dies in Abrede gestellt werden soll, so würde damit die allgemeine Erwartung, die sich an die Ernennung des Herrn Friedberg zum Justizminister knüpfte, arg getäuscht werden, und es würde die günstige Gelegenheit unbenutzt bleiben, einem Reichsamt, welches gegenwärtig als eine ziemlich halt- und zwecklose Institution dasteht, Leben und Wirksamkeit einzuflößen und ihm die natürliche Stellung im Anschluß an das entsprechende preußische Ressort anzuweisen.

Die dreitägige Verhandlung über die Eisenbahnvorlage ist am Donnerstag im preußischen Abgeordnetenhause zu Ende gegangen. Als Redner gegen die Vorlage legte der Abg. Berger noch einmal eine Lanze für die Privatbahnen ein, deren Verdienste er gegenüber den jetzt beliebten Anklagen warm hervorhob. Wolle man eine so gewaltige Staatsindustrie zulassen, so müsse auch der Einfluß und die Controle des Parlaments gegenüber der Regierung Dem entsprechend verstärkt werden. Die Vergeudung des Nationalvermögens durch die Concurrenzbahnen sei eine leere Phrase. Auch an die angeblichen Ersparnisse bei einheitlicher Verwaltung will der Redner nicht glauben, ebensowenig an die Ermäßigung der Tarife. Eine Operation wie die jetzt vorgeschlagene habe noch niemals ein großer Staat durchzuführen versucht, und die Verwaltung des ganzen Eisenbahnwesens durch Eine Hand sei eine ganz unmögliche Aufgabe, für die man die ganz anders gearteten Verhältnisse der Post und Telegraphie nicht als Analogie anführen dürfe. Miquel erklärte, daß er und der größte Theil seiner politischen Freunde Anhänger des Staatsbahnsystems seien und demgemäß im Princip Freunde der Vorlage; einen Ruhepunct bezüglich weiterer Ankäufe halte jedoch auch er für wünschenswerth. Die Verdienste der Privatbahnen erkenne er bereitwillig an; darum sei aber doch der natürliche und von jeher in der Absicht der Staatsregierung gelegene Entwickelungsgang zum Staatsbahnsystem nicht mehr aufzuhalten. Der Grundzug der Vorlagen entspreche einer historisch-wirthschaftlichen Nothwendigkeit. Gegenüber der gewaltigen Macht, die durch die Verstaatlichung in die Hände des jeweiligen Eisenbahnministers gelegt würde, müßten allerdings Garantien gefordert werden. Der Redner verlangte eine gründliche Umgestaltung der Verwaltung in decentralisirender Richtung, Mitwirkung der Landesvertretung und eines unabhängigen Vertretungskörpers, bestehend aus Interessenten der Landwirthschaft, der Industrie, des Handels bei Feststellung der Tarife, Uebertragbarkeit von Betriebsergebnissen guter Jahre auf schlechte. Mit dem Umtausch der Prioritätsobligationen gegen Consols dürfe im Interesse des Staatscredits nicht zu rasch vorgegangen werden; der Zeitpunct hierzu müsse unter Zustimmung des Landtags festgesetzt werden. Von der Gewährung dieser Zugeständnisse seitens der Regierung machte der Redner die schließliche Zustimmung der Mehrzahl seiner Freunde zu der Vorlage abhängig. Mit der von lebhaftem Beifall begleiteten Rede des Abg. Miquel schloß die große Eisenbahndebatte würdig ab. Die Vorlage wurde an eine Commission von 21 Mitgliedern verwiesen. Es folgte die erste Berathung des Gesetzentwurfs, betreffend die Erweiterung der Staatseisenbahnen und die Betheiligung des Staates bei mehreren Privateisenbahnunternehmungen. Die Abgg. Löwe und Rickert benutzten die Gelegenheit, die Regierung auf die Nothwendigkeit größerer Pflege und gesetzlicher Regelung des Secundairbahnwesens aufmerksam zu machen, was Minister Maybach auch zusagte, sobald für letzteres die Frage spruchreif und für finanzielle Unterstützung Mittel vorhanden seien. Nach einigen befürwortenden Bemerkungen des Abg. Kalle, die einigermaßen in das Gebiet des ersten Gegenstandes der Tagesordnung hinübergriffen, wurde auch diese Vorlage der Eisenbahncommission überwiesen.

Das preußische Staatsministerium wird gutem Vernehmen nach zu einer Berathung zusammentreten, um sich über die vom Abg. Dr. Miquel und von den conservativen Rednern aufgestellten Bürgschaftsforderungen betreffs der zu verstaatlichenden Privatbahnen schlüssig zu machen. Von den Mehrheitsmitgliedern des Hauses wird